

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Langer Weg aus dem Tal?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1991) : Langer Weg aus dem Tal?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 5, pp. 214-215

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136750>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Langer Weg aus dem Tal?



Hans-Jürgen Schmahl

Die Diskrepanz der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen West- und Ostdeutschland ist nicht geringer geworden; hier herrscht Boom, dort Krise. In den alten Bundesländern hat allerdings eine Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Expansion begonnen, und in den neuen ist der Rückgang eher flacher geworden. Nach dem gemeinsamen Urteil der Wirtschaftsforschungsinstitute im Frühjahrsgutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland wird das im weiteren Verlauf dieses Jahres deutlicher werden. Zur Verlangsamung im Westen tragen sowohl die Abkühlung der Weltkonjunktur als auch die Steuer- und Sozialabgabenerhöhungen bei. In Ostdeutschland dagegen nähert sich die wirtschaftliche Entwicklung dem Tiefpunkt. Die Institute betonen jedoch, daß die Frage, wann der Tiefpunkt der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durchschritten sein und wie kräftig die wirtschaftliche Erholung ausfallen wird, immer noch nicht eindeutig zu beantworten ist.

Weshalb man sich mit einer Prognose für Ostdeutschland so schwer tut, gerät in der öffentlichen Diskussion oft aus dem Blickfeld. Es handelt sich eben nicht um ein konjunkturzyklisches Phänomen, sondern um eine radikale Umstellung der Wirtschaft vom Ordnungsprinzip Zentralverwaltungswirtschaft auf das Ordnungsprinzip Marktwirtschaft und zugleich um einen einschneidenden Strukturwandel. Eine auf weitgehende Autarkie ausgerichtete Wirtschaft mit unterentwickeltem Dienstleistungssektor muß ihre Struktur den Bedingungen internationaler Arbeitsteilung und dienstleistungsbetonter Nachfrage anpassen. Dabei fehlt es, anders als in einer konjunkturellen Krise, dank enormer Finanztransfers aus den alten Bundesländern nicht an Nachfragepotential. Doch das Einkommen wird zu einem erheblichen Teil für Produkte aus Westdeutschland ausgegeben, weil das heimische Angebot nicht den neuen Ansprüchen entspricht, zuweilen auch aus weniger rationalen Gründen. Mit aller Deutlichkeit zeigt sich also, daß die Probleme auf der Angebots- und nicht auf der Nachfrageseite liegen, um eine beliebte Schablone zu benutzen. Der Verlauf einer Krise der Anpassung an eine neue Wirtschaftsordnung und -struktur ist jedoch mit Hilfe der üblichen nachfrageorientierten Prognoseinstrumente nicht vorherzusagen.

In der Öffentlichkeit herrscht wohl der Eindruck, daß die bisherige Entwicklung in der ehemaligen DDR vollkommen falsch eingeschätzt worden ist. Das trifft jedoch in dieser Verallgemeinerung nicht zu. Vielmehr war es unter Fachleuten unbestritten, daß die ostdeutsche Wirtschaft dem Wettbewerb mit der westdeutschen ohne den Schutz eines Wechselkurses – der weit unterhalb 1:1 hätte liegen müssen – nicht gewachsen sein würde. Zahlreiche Unternehmenszusammenbrüche und erhebliche Arbeitslosigkeit wurden daher von vornherein erwartet, wenn auch im allgemeinen nicht in der Dimension, die sich nun abzeichnet. Seit dem vergangenen Herbst jedoch, nachdem der desolate Zustand der ostdeutschen Wirtschaft in seinem ganzen erschreckenden Ausmaß bekannt geworden war, sind auch die quantitativen Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit einigermaßen zutreffend eingeschätzt worden. Die damals von den fünf großen Wirtschaftsforschungsinstituten gestellte Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands im Jahre 1991 braucht bisher nicht nennenswert revidiert zu werden. Es stimmt also nicht, wenn heute gelegentlich behauptet wird, die Institute

hätten mit zu optimistischen Prognosen die Regierung falsch beraten. Abgesehen davon war jene Prognose dem damaligen Bundeswirtschaftsminister nicht einmal optimistisch genug; er rügte sie öffentlich als zu pessimistisch.

Gründlich unterschätzt worden ist dagegen zunächst der Aufwand an öffentlichen Mitteln, wie er sich nun als erforderlich erweist. (Ausnahmen gab es, aber sie gingen im allgemeinen von Verwendungsvorstellungen aus, die sich bisher nicht bestätigt haben.) Diese Schätzungen orientierten sich vor allem an dem Bedarf für die Infrastruktur, wobei angenommen wurde, daß die Fähigkeit zur Ausführung von Infrastrukturvorhaben in Ostdeutschland und damit auch der Mittelbedarf für diesen Zweck vorerst sehr begrenzt sein würde; das hat sich auch bestätigt. Für die Abdeckung von Defiziten bei den laufenden Ausgaben wurde zwar ebenfalls ein Bedarf gesehen, vor allem in der Sozialversicherung. Aber das wurde für eine kurzfristige Erscheinung gehalten; der Begriff „Anschubfinanzierung“ belegt es. Diese Einschätzung hat sich als fundamentaler Irrtum erwiesen. Die tatsächlichen Transfers öffentlicher Mittel aus West- nach Ostdeutschland beliefen sich 1990 auf fast 50 Mrd. DM und dürften 1991 den Betrag von 100 Mrd. DM übersteigen. Der größte Teil davon fließt in laufende Ausgaben konsumtiver Art.

Die enorme Unterschätzung des Bedarfs an öffentlichen Transfers vor Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion mit der damaligen DDR fand ihren sichtbaren Niederschlag im Fonds Deutsche Einheit; die dort fixierten Beträge erscheinen aus heutiger Sicht als geradezu lächerlich. Die Fehleinschätzung hatte viele Gründe. Ein wichtiger Grund war die Tatsache, daß der desolate Zustand der ostdeutschen Wirtschaft so nicht bekannt war. Ein kaum weniger wichtiger war, daß die Umstellungsfähigkeit der Menschen erheblich überschätzt wurde; die jahrzehntelange Gängelung hat offenbar tiefere Spuren hinterlassen, als man es sich im Westen vorstellen konnte. Wahrscheinlich sind auch die Konsequenzen der Währungsunion, die faktisch eine starke Aufwertung der ostdeutschen Währung bedeutete, unterschätzt worden. Und schließlich kamen Einflüsse hinzu, die teils gar nicht, teils nicht voll vorhersehbar waren, nämlich der schnelle Zusammenbruch des RGW, der wirtschaftliche Niedergang des größten Handelspartners der DDR – der Sowjetunion –, und last but not least die schnelle Annäherung der ostdeutschen Löhne an das westliche Niveau – und das nach der starken Quasi-Aufwertung der ostdeutschen Währung.

Der Zusammenhang zwischen Arbeitskosten, also Lohnhöhe zusammen mit der Produktivität, und Beschäftigung ist wissenschaftlich nicht mehr umstritten; die Erfahrung hat ihn in allen Ländern bestätigt. Lohnangleichung zwischen Ost- und Westdeutschland ohne Produktivitätsangleichung heißt weniger Beschäftigung als sonst möglich wäre. In einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet sind große – d.h. über das auch in den alten Bundesländern übliche Maß hinausgehende – regionale Lohnunterschiede allerdings nur möglich, wenn die Mobilität der Arbeitskräfte gering ist. Anfangs wurde mit einer hohen Mobilität der ostdeutschen Arbeitskräfte gerechnet, doch die bisherige Erfahrung spricht eine andere Sprache. Das wird nicht zuletzt daran liegen, daß bei niedrigen Mieten der Wechsel in den Westen nur begrenzte Vorteile hat; uneingeschränkt bieten sie sich nur für Pendler. Die geringe Mobilität hat aber sicherlich auch andere Gründe, die nichts mit dem Mietenvorteil zu tun haben. Die Löhne in Ostdeutschland brauchten also nicht schnell zu steigen. Damit verweigert man keine Wohltat, denn dies ist keine. Die zu schnelle Anhebung der Löhne hat vielmehr zur Folge, daß vielen die Beschäftigungschance vorenthalten wird. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die Lohnpolitik ist nur ein Faktor unter mehreren, sie kann nur einen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten. Aber der ist außerordentlich wichtig.

Vieles ist inzwischen auf den Weg gebracht worden, was den Rückgang in Ostdeutschland stoppen und eine Wende zum Besseren herbeiführen kann. Es geht nun zweifellos nicht um „noch mehr (öffentliches) Geld“ und noch mehr Vergünstigungen für Investoren, sondern um Zupacken. Wenn der Tiefpunkt der Entwicklung tatsächlich bald erreicht werden sollte, dann allerdings nicht zuletzt wegen der mit hohem Aufwand an öffentlichen Mitteln ermöglichten Aufrechterhaltung von Betrieben, die am Markt noch nicht bestehen können. Das kann nur ein Zwischenstadium auf dem Weg zu einem sich selbst tragenden Aufschwung sein, auf den es letztlich ankommt. Der Weg könnte lang werden.